

Korinna Schumann  
Bundesministerin

Herrn  
Dr. Walter Rosenkranz  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.266.287

Wien, 16.4.2025

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an meinen Amtsvorgänger gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 642/J der Abgeordneten MMag.<sup>a</sup> Wieninger, Genossinnen und Genossen betreffend Anhäufung von Schadenersatzleistungen durch Fehlbesetzungen** wie folgt:

Eingangs wird angemerkt, dass es durch die Novellen des Bundesministeriengesetzes 1986, (zuletzt BGBl. I Nr. 10/2025) zum Teil zu erheblichen Veränderungen in der Zusammensetzung der Bundesministerien kam bzw. kommt, weshalb eine seriöse Vergleichbarkeit nicht gegeben ist. Die Beantwortung erfolgt im Rahmen der Möglichkeiten und unter Heranziehung aller vorhandenen Daten und Akten, wobei ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass es durch mögliche Doppelaufzeichnungen oder ähnliche Umstände zu Unschärfen kommen kann.

Es wird darauf hingewiesen, dass sich die gegenständliche Anfragebeantwortung auf das seinerzeitige BMSGPK bezieht. Der Bereich Arbeit wurde mit der parlamentarischen Anfrage Nr. 634/J (390/AB) durch das seinerzeitige BMAW beantwortet.

**Frage 1:** *Mit welchen Schadenersatzforderungen ist Ihr Haus derzeit, beziehungsweise war Ihr Haus unter Einbeziehung nachgeordneter Bereiche (also durch Ihr Haus beaufsichtigte Unternehmen des Bundes etc.) generell in den Jahren 2017 bis 2025 konfrontiert (bitte um nähere Angaben zu Materie und Zeitpunkt)?*

*a) Welche-Fälle davon stehen im Zusammenhang mit Postenbesetzungen?*

Wie in der folgenden Tabelle ersichtlich wurden im betreffenden Zeitraum Schadenersatzforderungen aus den untenstehenden Gründen erhoben:

Jahr	Begründung der fordernden Partei
<b>Zentralstelle</b>	
2019	Diskriminierung aufgrund des Geschlechts
2020	Diskriminierung aufgrund Alter, Geschlecht Weltanschauung
2023	Diskriminierung aufgrund des Geschlechts
2025	Diskriminierung aufgrund der Weltanschauung
<b>Sozialministeriumservice</b>	
2025	Diskriminierung beim beruflichen Aufstieg

**a)** Sämtliche bei dieser Frage gelisteten Fälle.

**Frage 2:** *Welcher finanzielle und personelle Aufwand entstand durch die Anerkennung beziehungsweise Abwehr dieser Ansprüche, insbesondere in Bezug auf Fälle im Zusammenhang mit Postenbesetzungen?*

Die entsprechende Bearbeitung wird durch die nach der Geschäftseinteilung zuständige/n Fachabteilung/Fachabteilungen vorgenommen. Aufzeichnungen, aus denen sich die geforderten Aufstellungen ableiten lassen, werden nicht geführt.

**Fragen 3 und 4:**

- *Welche Zahlungen leistet beziehungsweise leistete Ihr Haus aufgrund von Schadenersatzansprüchen, die in einem Zusammenhang mit arbeitsrechtlichen*

*beziehungsweise postenbesetzungsbezogenen Sachverhalten stehen (bitte um anonymisierte Angaben), tatsächlich?*

- *Auf Basis welcher Grundlage (insbesondere Urteil welcher Instanz) wurden in den jeweiligen Fällen tatsächlich Zahlungen geleistet?*

Die geleisteten Zahlungen sind in folgender Tabelle ersichtlich:

	<b>Grundlage</b>	<b>Summe</b>
2019	Vergleich vor Gerichtsanhängigkeit	€ 31.800,00
2020	Vergleich vor Gerichtsanhängigkeit	€ 48.946,15
2023	Außergerichtliche Einigung, nach Gerichtsanhängigkeit	€ 29.000,00

Bei den Fällen des Jahres 2025 wurden bislang keine Zahlungen geleistet.

**Frage 5:** *Welche dieser Fälle stehen in einem Zusammenhang mit Gutachten der Bundes-Gleichbehandlungskommission?*

Sämtliche hier angeführte Fälle der Zentralstelle, nicht aber jener aus dem Sozialministeriumservice, stehen in einem Zusammenhang mit Gutachten der Bundes-Gleichbehandlungskommission.

Mit freundlichen Grüßen

Korinna Schumann

